



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 48. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 28. September 2016, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Norbert Müller (Potsdam), MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 9**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Die
Jugendhilfe im Umgang mit neofaschistischen Ju-
gendlichen“

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 23**

Stellungnahme zum Themenkomplex „Ausstattung
von Kindern“

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 24**

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 24**

Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 8
Wortprotokoll	Seite 9



18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 28. September 2016, 16:00 Uhr

CDU/CSU

Ordentliche Mitglieder

Pols, Eckhard

Unterschrift

Stellvertretende Mitglieder

Launert Dr., Silke

Unterschrift

SPD

Ordentliche Mitglieder

Rüthrich, Susann

Unterschrift

Stellvertretende Mitglieder

Bahr, Ulrike

Unterschrift



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kin-
derkommission)

18. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 28. September 2016, 16:00 Uhr

DIE LINKE.

Ordentliche Mitglieder

Müller (Potsdam), Norbert

Unterschrift

Stellvertretende Mitglieder

Wunderlich, Jörn

Unterschrift

BÜ90/GR

Ordentliche Mitglieder

Walter-Rosenheimer, Beate

Unterschrift

Stellvertretende Mitglieder

Dörner, Katja

Unterschrift

26. September 2016

Anwesenheitsliste gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes
Referat ZT 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659 Fax: +49 30 227-36339

Seite 2 von 2



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 28. September 2016, 16:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Heyer, Laura	CDU/CSU	
Fuchslocher, Lisa	CDU/CSU	
Lehnert, Steffen	DIE LINKE	
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Die Jugendhilfe im Umgang mit neofaschistischen Jugendlichen“
am Mittwoch, dem 28. September 2016, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Julia Böhnke DGB-Jugend	
Prof. Dr. Timm Kunstreich	
Stephan Schlencker FHS St. Gallen, Vorstand Internationale Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit – Fachbereich Soziale Arbeit)	
Josephin Tischner Bundesvorsitzende der SJD – Die Falken	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	9, 15, 17, 21, 22, 23
Abg. Eckhard Pols	20, 21, 23
Abg. Susann Rüthrich	15, 19
Abg. Beate Walter-Rosenheimer	22

Sachverständige

Prof. Dr. Timm Kunstreich	9, 16, 18, 19, 22, 23
Stephan Schlenker	11, 16, 18, 20, 22
Josephin Tischner	13, 17, 18, 21, 23



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Die Jugendhilfe im Umgang mit neofaschistischen Jugendlichen“

Vorsitzender: Herzlich willkommen zur 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Ich will gleich vorweg schicken, dass es bei dem Thema heute, ähnlich wie in der letzten Woche, offenbar eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit gibt, d. h., es sind zumindest RTL und der Mitteldeutsche Rundfunk da. Wir haben vereinbart, dass die Reporter zunächst ein paar Kameraschwenks machen. Es kann sein, dass der ein oder andere im Nachgang vielleicht zu einem kurzen Interview gebeten wird. Das ist das übliche Verfahren. Ich hoffe, das ist für Euch in Ordnung, es wird auch nicht die ganze Zeit gefilmt. Es hat keiner widersprochen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1, das öffentliche Expertengespräch zum Thema „Die Jugendhilfe im Umgang mit neofaschistischen Jugendlichen“. Wir sind immer noch im Bereich „Situation in der Kinder- und Jugendhilfe“, und das ist für viele spannend. Wir haben heute als Einzelsachverständige Prof. Dr. Timm Kunstreich, Stefan Schlenker von der Fachhochschule St. Gallen, aus dem Vorstand der Internationalen Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit, und Josephin Tischner, die Bundesvorsitzende der Falken, geladen. Julia Böhnke von der DGB-Jugend ist erkrankt und lässt sich entschuldigen. Ich habe aber gehört, dass sie Frau Tischner mit den Sachen, die ihr wichtig waren, versehen hat. Wie immer werden wir ein Wortprotokoll erstellen, das dann in circa 4 Wochen auf der Webseite der Kinderkommission, also auf den Seiten des Deutschen Bundestages, nachzulesen sein wird. Außerdem haben wir heute wieder Gäste von der Bundesregierung, nämlich Herrn Thomas Heppener vom Referat 125, Demokratie und Vielfalt, des Bundesfamilienministeriums. Wir haben vereinbart, dass zunächst Herr Kunstreich beginnt, Herr Schlenker übernimmt und Josephin Tischner die Runde schließt.

Prof. Dr. Timm Kunstreich: Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, innerhalb von

zehn Minuten mein mittlerweile 50-jähriges Wissen über den Zusammenhang von Gewalt, Jugend und Gesellschaft zu präsentieren – das geht natürlich nicht und insofern werde ich mich auf einen Punkt beschränken, und zwar den, der in der Überschrift meiner Präsentation steht, nämlich „Gewalt macht Sinn“. Man kann jedes Wort einzeln lesen, „Gewalt. Macht. Sinn.“ Man kann es aber auch mit der Bedeutung zusammenlesen, dass es sinnlose Gewalt, wie es häufig Außenstehenden erscheint, nicht gibt, sondern dass jede Gewalt-handlung mit Sinn belegt ist, auch wenn wir das nicht sehen wollen. Dahinter steht ein Grundproblem, nämlich dass wir alle Erfahrungen mit Gewalt haben, vielleicht mit Gewalt von rechten Jugendlichen oder zumindest mit rechten, mit neofaschistischen oder rassistischen Tendenzen. Die Begrifflichkeiten sind da unterschiedlich. Um das auf einen Punkt zu bringen, bitte ich Sie, sich kurz das Bild anzusehen, um deutlich zu machen, dass der Sinn nicht aus dem Menschen selbst herauskommt, sondern dass der Sinn immer im Zusammenhang von sozialen Relationen entsteht. Stellen Sie sich vor, der Mensch, der auf diesem Bild dem anderen ins Gesicht haut, hätte eine Glatze und trüge Doc Martens-Stiefel, und der andere, den er schlägt, wäre dunkelhäutig. Da ist sofort der rassistische Kontext, in dem das passiert, klar. Stellen wir uns vor, der Mensch, der schlägt, wäre ein Polizist und schlug einem Skin ins Gesicht. Dann hätten wir vielleicht das Gefühl, auch wenn das politisch nicht korrekt ist, dass das gut ist. Hätten wir drittens die Vorstellung, das Ganze findet in einem Boxring statt, dann wäre das ein Sport, in dem es darauf ankommt, den anderen k.o. zu schlagen. Damit will ich sagen, dass Gewalt nicht kontextlos ist, sondern sie immer in einem Kontext steht. Wenn wir uns die registrierte und berichtete Jugendgewalt ansehen, dann findet diese zu über 90 Prozent im Kontext von Cliques, Gruppen, Szenen, Subkulturen oder anderen Zusammenhängen, die z. B. medial vermittelt werden, statt. Das bedeutet, dass „Gewalt dann Sinn macht“, wenn sie in einem Kontext, dem sich ein Jugendlicher zugehörig fühlt, Sinn macht, und zwar in dem Sinne, dass sie „legitim“ ist. Ob Gewalt legitim ist oder nicht, hat wenig mit „legal“ zu tun, es ist vielmehr die Bezugsgruppe, die deutlich macht, was zur Legitimität gehört und was nicht. Es ist die Erfahrung von Macht und Ohnmacht in der jeweiligen Peergroup als Überbegriff für die jeweiligen



sozialen Zusammenhänge, die die Legitimität steuert. Das heißt, wird die eigene gesellschaftliche Position als ohnmächtig, ausgeschlossen und benachteiligt erlebt, dann erscheint Gesellschaft insgesamt als unterdrückend, wenig unterstützend usw. Wenn sich umgekehrt Jugendliche oder junge Menschen einigermaßen gerecht platziert fühlen, dann werden sie das in unterschiedlicher Weise erleben, indem sie verschiedene, vielfache Mitgliedschaften in unterschiedlichen Gruppen haben, sie also nicht nur einer Gruppe zugehörig sind, sondern sich unterschiedlichen Gruppen zugehörig fühlen. Dieser etwas komplexe sozialpsychologische Zusammenhang ist relativ gut erforscht, so dass man folgende Zusammenhänge herstellen kann: Je nachdem, wie ich mich mit einer anderen sozialen Gruppe vergleiche, werde ich Kriterien entwickeln, ob es legitim ist, diese Gruppe zu bekämpfen oder nicht, oder ob ich selbst dazugehöre oder dazugehören möchte, und damit also unterschiedliche Formen von Mitgliedschaften ermöglichen. Die damit zusammenhängende Stereotypisierung – nach innen und nach außen – erleben wir sehr häufig bei jugendlichen Gruppierungen, wie die bekannten Skins und Autonomen usw. Diese ist aber durch ein Hineinbringen oder Überzeugen von anders strukturierten Normen und Werten nicht veränderbar. Das berühmte Vermitteln der gesellschaftlich akzeptierten Normen funktioniert nicht. Das heißt, Menschen akzeptieren nur dann etwas für ihren Sinn, wenn es in ihren Zusammenhang passt und wenn es z. B. in ihre Gerechtigkeitsvorstellung passt. Diese Gerechtigkeitsvorstellungen, die für die eigene Platzierung ausschlaggebend sind, kann man auf zwei großen Polen verorten. Auf der einen Seite gibt es eine patriarchale Rechtsvorstellung: da ist jemand, der dafür zuständig ist, dass es gerecht zugeht – der Staat, der liebe Gott, die Gesetze oder sonst jemand. Auf der anderen Seite gibt es eine egalitäre Gerechtigkeitsvorstellung: jeder hat bestimmte gleiche Rechte – die berühmten Menschenrechte. Es ist bekannt, dass es da fatale Mischungen gibt, also dass in rassistischen Vorstellungen die Gleichheit, die Egalität innerhalb der eigenen Rasse oder Kultur postuliert wird, aber eine Abwertung der anderen erfolgt. Die Schlussfolgerungen aus einer solchen Positionierung können sehr unterschiedlich sein. Eine kann beispielsweise sein, dass man sich als Opposition zu den herrschenden Normen darstellt. So versucht

die AfD momentan z. B., den Begriff „völkisch“ positiv zu besetzen. Das ist der Versuch, eine Norm „umzupositionieren“, also einen Begriff, der kritisch-negativ als nationalsozialistischer Wortschatz „diskriminiert“ ist, positiv zu wenden im Sinne von „wir sind ja das Volk.“

Das heißt, die „Legitimitäten“, in denen sich diese sozialen Gruppen und Peergroups bewegen, hängen sehr stark davon ab, welche Dominanzkultur in der jeweiligen Gruppe vorherrscht und welche das Sagen hat. Die Konsequenzen daraus sind vielfältig. Ich habe versucht, daraus fünf Konsequenzen zu ziehen. Die erste ist, dass Jugendarbeit Jugendliche darin unterstützen muss und sollte, aus einer Monomitgliedschaft herauszukommen und mehrere Mitgliedschaften in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen anzustreben. Nur dann können selbstmächtige Erfahrungen gemacht werden, die die einzige Zugehörigkeit zu einer Skin-Gruppe oder einer rechten Jugendlichen-Gruppe konterkarieren oder sogar aufheben könnte. Die zweite wäre, dass solche Jugendarbeit einen Kompetenzzuwachs in den Bereichen ermöglicht, in denen bislang keine Vergleiche erfolgt sind – also nicht zu den „Stärkeren“ oder „Reicheren“ –, sondern Vergleiche auf einer Ebene von Sport, Musik usw. Wenn ich noch Zeit habe, würde ich davon berichten, wie wir in Neubrandenburg einer jugendlichen rechten Szene durch die Vermittlung einer Football-Vereinsgründung Möglichkeiten gaben, sich in der Gemeinschaft, in der Kommune anders zu positionieren als bisher. Die dritte Konsequenz wäre, Kompetenzen der Selbstregulation von Cliques zu unterstützen, das heißt nicht den einzelnen Jugendlichen aus einer gefährlichen Clique herauszulösen, sondern mit der gesamten Clique und mit den Zusammenhängen zu arbeiten – das geht erfahrungsgemäß allerdings nur, wenn es kein verfestigter rechtsradikaler Zusammenhang ist, sondern noch ein relativ offener und ein suchender – das gibt es ja auch –, indem die als unterlegen erfahrene Position im Vergleich zu anderen relativiert wird. Da ergeben sich dann Möglichkeiten einer neuen, einer anderen Art von Konfliktregelung. Die vierte – das betrifft uns als Professionelle – ist, Erfahrungs- und Kommunikationsalternativen auch in dem Sinne anzubieten, dass Jugendliche sich an glaubwürdigen anderen Positionen abarbeiten können und sie so zur Reflektion über die eigene gesellschaftliche



Positionierung anzuregen. Das ist wichtig, da Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen in der Regel einer anderen politisch-kulturellen Szene zugehörig sind als die meisten Jugendlichen. Wie viele Erfahrungen zeigen, ist das insbesondere in unserer Arbeit mit rechten Jugendlichen wichtig. Und nicht zuletzt, dass die Lebenssituation von Jugendlichen kommunal beachtet wird, und z. B. die Thematik der sozialen Gerechtigkeit überhaupt für Jugendliche zu thematisieren und durch Vernetzung mit anderen jugendlichen Gruppierungen, durch jugendpolitische Aktivitäten in einer Gemeinde, in einer Stadt eine gerechtere Selbstpositionierung anzustreben. Ein Beispiel dafür, wie egalitäre Deutungsmuster gefördert werden können, indem sich Jugendliche als gleichberechtigt erleben können, ist ein Runder Tisch „Jugend in Rostock“ gewesen, bei dem unter dem Titel „Jugend hat Vorfahrt“ alle Beschlüsse der Bürgerschaft in Rostock daraufhin geprüft wurden, ob sie jugendgemäß waren und damit zumindest symbolisch den Jugendlichen einen gewissen Stellenwert einräumte.

Stephan Schlenker (FHS St. Gallen, Vorstand Internationale Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit – Fachbereich Soziale Arbeit): Auch von meiner Seite vielen Dank, heute hier sein zu können. Es wird jetzt konkret: Mobile Jugendarbeit, kurz abgekürzt mit MJA, mit rechtsextremen Jugendlichen. In den nächsten zehn Minuten möchte ich Ihnen ein Handlungskonzept der Jugendhilfe, der Jugendarbeit, der sozialen Arbeit vorstellen, also wie das, was Herr Kunstreich gerade fundiert hat, umgesetzt werden kann. Ich habe zur Vorbereitung die Süddeutsche Zeitung online angeschaut und bin auf diese Schlagzeilen und auf diese Bilder aus Bautzen von letzter Woche gestoßen. Fettgedruckt finden Sie in der Mitte etwas, das mir ins Auge gesprungen ist: „Streetworker sind keine Ersatzpolizei“. Zur Funktion, wie wir dies umsetzen und erreichen können, gehört ganz klar die Trennung zwischen dem Auftrag, Ordnung wieder herzustellen – das ist ggf. ein repressiver Auftrag –, von dem Auftrag sozialer Arbeit, den Streetworker haben und nach ihrem Professionsverständnis auch verfolgen. Zu meinem Vorgehen in den kommenden zehn Minuten: Es wird auch fachlich ein bisschen anstrengend. Wir werden versuchen, in die Tiefe dieses recht komplexen Ansatzes des Mobilien Jugendarbeitshandlungskonzepts zu ge-

hen. Ich werde Sie kurz in die Historie mitnehmen und daraus folgend das Leitziel vorstellen und den Blick auf die Zielgruppen richten, also auf diese jungen Menschen, die gewaltorientiert handeln, bei denen „Gewalt Sinn macht“. Dort bleiben wir und schauen uns Lebenslagen und die Lebenssituationen dieser Zielgruppen genauer an, um dann auf die tatsächlichen Arbeitsformen, Arbeitsprinzipien zu kommen. Wir werden uns also genau ansehen, wie wir das in der Praxis machen, was Herr Kunstreich jetzt aus mehr theoretischer Sicht ausgeführt hat.

Vorher noch ein kurzer Überblick über Verbreitung, Erfahrungen und auch Wirksamkeit. Dieser Ansatz hat Tradition – ich nenne das Stichwort Hoyerswerda und Rostock –, das Aktionsprogramm der frühen neunziger Jahre; wir können also mit diesem Ansatz auch auf Erfahrungen zurückgreifen. Wir schauen zurück in etwa auf das Jahr 1920 in die USA, Chicago. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema und der Frage, wie soziale Arbeit diese Menschen, für die Gewalt Sinn macht, erreichen kann, geht weit zurück. Die Stichworte dort waren Streetcorner-work und auch Community work, das gemeinwesenorientierte Arbeiten, wo Erfahrungen gesammelt wurden. Dieser Ansatz der Mobilien Jugendarbeit kam 1967 dann über Walther Specht nach Stuttgart-Freiburg und hat von dort aus Verbreitung in Baden-Württemberg gefunden. Im genannten Aktionsprogramm konnten Mitte der neunziger Jahre dort wirklich auch umfangreiche Erfahrungen in Sachsen, u. a. in Hoyerswerda, gemacht werden. Aktuell haben wir im Jahr 2016 in Deutschland 300 Einrichtungen der mobilien Jugendarbeit, die nach diesem Handlungskonzept arbeiten, davon 120 in Baden-Württemberg, 27 in Sachsen und 18 in Brandenburg. Was ist das Ziel? Das übergeordnete Leitziel ist die nachhaltige und ganzheitliche Verbesserung der Lebenssituation der Zielgruppen. Hierzu setzt die Mobile Jugendarbeit am Einzelnen, an der Gruppe und am Gemeinwesen an, um dieser Komplexität gerecht zu werden, die Herr Kunstreich ausgeführt hat. Als Zielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene ausgewählt, die besonders benachteiligt und ausgegrenzt sind, und ihren Lebensmittelpunkt – vergleiche auch hier den Begriff der Lebenswelt – überwiegend in Cliques oder Szenen auf der Straße haben und die nicht ausreichend von Ein-



richtungen erreicht werden. Die gesetzliche Grundlage, auf der die Arbeit in den oben genannten Einrichtungen basiert, sind §§ 11 und 13 des SGB VIII. Ein Zitat von Walther Specht, der mit seiner Dissertation in seiner praktischen Arbeit in Freiburg die Mobile Jugendarbeit aus den USA zu uns gebracht hat: „Unser Ziel ist nicht das Wohlverhalten, sondern das Wohlbefinden der Jugendlichen.“ Das provoziert natürlich an diesem Punkt und ist gleichsam eine Aufforderung, einmal näher hinzuschauen.

Ich habe für Sie die Lebenslagen, in denen sich diese jungen Menschen befinden, bei denen Gewalt Sinn macht, in sechs Punkten zusammengefasst. Zunächst sind das junge Menschen mit Entwicklungsaufgaben, die zu bewältigen sind. Diese sind relativ stabil im Jugendalter – Loslösung vom Elternhaus, Entwicklung eines eigenen Wertkontextes, erste Erfahrung in Beziehungen. Diese Erfahrungen müssen gemacht werden. Besteht Konfliktpotential in der Familie – was oft zu beschreiben ist, wie Armutbelastung und teilweise geringer Zugang zu Bildung –, finden wir einen frühen Einstieg in ein Leben außerhalb der Herkunftsfamilie. Die hohe Cliques- und Peerorientierung, die wichtig und auch ganz normal für die Adoleszenz ist, wird hier verstärkt. Die Fläche, von der man lernen und an der man sich aber auch reiben kann, wird oft ausschließlich in den öffentlichen Raum verlagert, z. B. in den sicherlich auch Ihnen bekannten Cliques- oder Szenentreffs. In der Folge ist ein riskanter Lebensstil, eine riskante Lebensführung und eben auch radikale extreme Einstellungen zu beschreiben; diese Jugendlichen sind oft von Strafverfolgung betroffen. Der letzte Punkt ist evident, Desintegration und Perspektivlosigkeit bezeichnen diese Situation. Nun zum ganz Konkreten: Wie funktioniert so eine Arbeit, auf was baut dieses Handlungskonzept auf? Dieses Handlungskonzept baut zunächst auf Arbeitsprinzipien auf: das Prinzip der Beziehungsorientierung, der Parteilichkeit und Akzeptanz, der Ressourcenorientierung, der Bedürfnisorientierung, der Freiwilligkeit und der Adressatenorientierung. Dies ist natürlich auch unter einer klaren Positionierung „was geht oder was nicht geht“ zu sehen. Es ist kein Plädoyer für eine ausschließliche „Verständnispädagogik“, sondern für ein Handeln im Sinne und im Interesse von Jugendlichen; das heißt, indem wie wir das tun, konfrontieren wir sie

auch und nehmen sie ernst. Da sind wir bei dem wichtigen Punkt der Beteiligung, zu dem wir nachher auch noch kommen werden. Dies geht nur gemeinsam mit Jugendlichen. Das ist nicht einfach, auch das hat Herr Kunstreich ausgeführt, und bedarf dieses komplexen Handlungskonzepts oder dieses Ansatzes.

Die Mobile Jugendarbeit Streetwork baut auf vier konkreten Säulen mit den entsprechenden Arbeitsmethoden auf. Ganz oben finden Sie die gemeinwesenorientierte Arbeit. Das jeweilige Problem wird nicht ausschließlich auf den einzelnen Akteur zurückgeführt, sondern er wird immer auch in seinen sozialen Kontexten und Beziehungen gesehen. Diese müssen verändert werden. An einer desintegrierten Situation, einer stigmatisierenden Situation muss gearbeitet werden. Wir erkennen jetzt auch den Punkt – und vielleicht auch schon den Vergleich zu Herrn Kunstreich –, nämlich: andere soziale Gruppierungen, alternative Kontakte und unterschiedliche Kommunikationsmöglichkeiten anzubieten, um auch Wertschätzung und Anerkennung zu finden. Ganz rechts oben in der Präsentation finden Sie ein Stadtfest – klein in der Präsentation, aber von großer Wichtigkeit –, auf dem sich Jugendliche mit unserer Unterstützung z. B. anders darstellen können. Wir gehen dann mal nach links zur sozialen Gruppenarbeit. Soziale Gruppenarbeit heißt, diese positive, nichtdestruktive Kraft, die in jeder Gruppierung, in jeder Peergroup vorhanden ist, zu nutzen, Alternativen anzubieten, sogenannte „funktionale Äquivalente“. In der sozialen Jugendarbeit versucht man mit Outdooraktivitäten wie Klettern, der Risikolust und der Kollektiverfahrung, die die Jugendlichen suchen, in einem legalen Rahmen nachzukommen, also eine legale Alternative zu bieten. Natürlich, und das nicht zuletzt, ist aber immer auch der Einzelne zu betrachten, der gewalttätig wird, der gewaltbereit wird und teilweise auch unglaubliches Leid verursacht und Opfer produziert. Das wird in der Einzelfallhilfe angegangen. Hier muss man schauen, wie man den Jugendlichen unterstützt, wie man ihn berät, wie man ihn vielleicht auch an neue entsprechende Angebote heranführt und er z. B. einen Job bekommt; also hier muss man wirklich schauen, dass er persönlich zum Gelingen des Alltags beiträgt. Das alles findet sich in der Einzelfallhilfe. Ganz entscheidend ist auch, und



damit wären wir beim letzten Punkt – und oft in Prozessen, wenn Mobile Jugendarbeit implementiert wird –, dem Streetwork. Dort sind wir zu Gast in der Lebenswelt dieser jungen Menschen. Dort kommen wir in Kontakt, denn durch ihre marginalisierte ausgegrenzte Position und ihr Zurückziehen in die einschlägigen Szenen, z. B. rechte Szenen, kommen sie natürlich nicht zu uns ins Jugendhaus. Sie sind natürlich nicht einfach im Verein. Das heißt, wir gehen zu diesen Jugendlichen. In einer eigentlichen Komm-Struktur versuchen wir dort, das Vertrauen zu gewinnen, diese Beziehungsgrundlage zu schaffen, um die Umsetzung der dargestellten Arbeitsformen überhaupt zu ermöglichen. Zusammen ist dies das Handlungskonzept der Mobilen Jugendarbeit. Es ist auch vom Wording nicht zu verwechseln mit dem oft verwendeten Streetwork – Gassenarbeit oder aufsuchende Arbeit –, die letztendlich eher eine singuläre Methode darstellt. Bei der aufsuchenden Jugendarbeit ist das mit Einschränkungen zu sehen, aber Streetwork ist eine dezidierte Methode und kein Ansatz Mobiler Jugendarbeit in der Form.

Zum Abschluss ein ganz kleiner Blick auf zurückliegende Erfahrungen und Wirksamkeit mit zwei Punkten für Sie. Erfahrungen mit diesen Gruppierungen liegen vor. Sie sind dokumentiert, sie sind evaluiert und sie wurden gemacht. Hier ist eine kleine Zeitschau, beginnend 86 und 88 in Esslingen durch Walther Specht; in Bremen wurden Erfahrungen von Franz Josef Krafeld gemacht; dann im genannten Aktionsprogramm für Rostock-Lichtenhagen wieder Krafeld; in Hoyerswerda von Specht. Diese Interventionen, die Arbeit dort, sind dokumentiert und liegen ebenso wie entsprechende Wirksamkeitsstudien vor. Sie wurden zusammengetragen und Sie finden sie in meinem Handout. Eine ganz gelungene Zusammenschau der Mobilen Jugendarbeit gibt es in Sachsen. Über Deutschland hinaus kann die Mobile Jugendarbeit als international tätiger Verein Erfahrungen beitragen, vor allem bei der Implementierung sozialer Arbeit in Osteuropa, wo wir z. B. in der Ukraine konkrete Projekte in Kiew und Schytomyr in den letzten Jahre begleitet haben und hier ebenfalls sehr positive Ergebnisse erzielt haben. In den Handouts finden Sie weiterführende Informationen und die aktuelle Literatur. Ich freue mich jetzt auf den gemeinsamen Austausch und die Diskussion.

Josephin Tischner (Bundesvorsitzende der SJD – Die Falken): Als Vorsitzende eines sozialistischen Jugendverbandes kann ich vorweg nehmen, dass wir nicht so viel mit neofaschistischen Jugendlichen arbeiten; aber ich bin auch für den DBJR und für die Bildungsstätten in unserem Verband hier und da haben wir natürlich viel mit rechten Jugendlichen zu tun, auch in der offenen Jugendarbeit. In Zeiten von steigendem Rechtspopulismus hat die Jugendarbeit eine ganz besondere Position in der Prävention von menschenfeindlichen Ideologien. Bis auf das, was mein Vorredner gerade beschrieben hat, glaube ich aber nicht, dass die Jugendarbeit deutlich zur Verhinderung von Gewalt beiträgt oder ideologisch gefestigten Neonazi-Jugendlichen noch irgendetwas beibringen oder sie davon abhalten kann. Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Das ist theoretisch belegt und wird jeden Tag gelebt. Ich werbe ganz stark dafür, dass man die Jugendhilfe insgesamt und die Träger der Jugendhilfe als Akteure sieht, die Demokratieförderung betreiben. Dort ist nämlich demokratisches Zusammenleben erfahrbar, dort gibt es andere Bezugsrahmen als diese vorhin angesprochenen patriarchalen Regeln des Zusammenlebens. Deswegen ist der Umgang mit neofaschistischen Jugendlichen sehr, sehr schwer oder auch abzulehnen. Wir haben das in den neunziger Jahren bei der akzeptierenden Jugendarbeit gesehen. Ich komme aus Ostdeutschland, wo das viel praktiziert wurde. Die Evaluation hat ergeben, dass es nicht funktioniert hat. Aber natürlich ist es sehr wichtig, mit Jugendlichen, die auf der Kippe stehen, zu arbeiten. Das ist sehr nötig und das wird auch gemacht. Bedingung dafür ist aber, dass die Träger, die Vereine, die Verbände selbst eine politische Haltung haben, und dass auch die einzelnen Mitarbeitenden eine Haltung haben, die für Jugendliche auch erfahrbar ist – nämlich dass es den Jugendlichen möglich sein müsse – wie das Herr Kunstreich sagte –, sich an glaubwürdigen anderen Positionen abzuarbeiten. Das ist ein wichtiger Schritt, den alle Träger der Jugendhilfe und Jugendhilfe an sich anerkennen müssen, nämlich dass die Neutralität, die manchmal vorgegeben wird, eine komplette Illusion ist. Man kann nicht politisch neutral sein. Ein kleines Beispiel dazu: Der Deutsche Bundesjugendring, für den ich hier heute auch sprechen darf, hat vor kurzem beschlossen, dass es keine Veranstaltung gemeinsam mit der AfD geben wird



und dass der Deutsche Bundesjugendring mit seinen Mitgliedern nicht an Veranstaltungen teilnimmt, zu denen auch die AfD eingeladen ist. Denn die Einschätzung ist die, dass die Menschen, die sich in der AfD engagieren, eine gefestigte Ideologie haben und antidemokratisch und menschenfeindlich sind. Sie stehen also gegen all das, wofür Jugendverbände stehen. Deswegen wird der Austausch als nicht fruchtbar eingeschätzt.

Rechtsextremismus ist eine ernste Gefahr für die Demokratie und für die Gesellschaft und ist ein zentrales Handlungsfeld für die politische Bildung. Politische Bildung ist aber nicht Jugendhilfe. Deswegen kann man beide nicht einfach mischen; allerdings ist die Jugend Zielgruppe der Jugendhilfe und dadurch ist Rechtsextremismus vielleicht in diesen Zeiten auch ein Handlungsfeld für die Jugendhilfe geworden. Ich möchte stark dafür werben, dass die Jugendhilfe das auch auf dem Schirm hat und dass die Förderprogramme, für die Sie vielleicht auch verantwortlich sind, das auch als zentrales Handlungsfeld mit auf die Agenda setzen. Die Jugendhilfe muss im Umgang mit Rechtspopulismus Themen aufgreifen, die von Rechtspopulisten besetzt werden. Das ist sehr wichtig. Den Trägern der Jugendhilfe muss es durch die Arbeit der Jugendhilfe möglich sein, demokratische Alternativen aufzuzeigen und für Jugendliche erfahrbar zu machen und den öffentlichen Raum nicht den rechtspopulistischen Akteuren zu überlassen. Dafür muss in der Jugendhilfe auch Geld, Zeit und Raum gestellt werden. Wenn wir davon ausgehen, dass wir in der Jugendhilfe diejenigen, die auf der Kippe stehen, erreichen wollen, dann muss das sein. Die Jugendhilfelandchaft muss dafür so vielfältig wie möglich sein. Es ist sehr wichtig, die Vielfalt der Träger zu fördern, möglichst viele verschiedene Träger zu haben, die möglichst verschiedene Zielgruppen auf verschiedene Arten und Weisen ansprechen, damit es verschiedene glaubwürdige Positionen gibt, an denen sich Jugendliche abarbeiten können. Ganz wichtig ist für die Akteure der Jugendhilfe, dass es eine Wissensvermittlung gibt, beispielsweise was rechtspopulistische Diskurse sind und was ihre Ursachen sind. Vor ein paar Jahren hatten wir diesen Diskurs zur Todesstrafe für Kinderschänder, das ist ein riesiges Thema in der Jugendhilfe im Hinblick auf Kindeswohlgefährdung und Kinderschutz. Wie reagiert man auf

solche menschenfeindliche Diskurse? Jetzt sind es vielleicht andere Themen, junge Geflüchtete z. B. usw.

Dann muss die Jugendhilfe, und das können Sie auch begleiten oder durch Förderprogramme verlangen, die eigenen Einstellungen überdenken und eine Kompetenzvermittlung an alle Träger und alle Akteure der Jugendhilfe leisten. Ich will noch einmal auf eine Sache hinweisen. Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus haben fließende Übergänge. Das sind zwei Phänomene, die sehr nah beieinander sind. Es gab eine Erhebung vom DBJR, in der gezeigt wurde, dass einige Jugendverbände deutlich von rechtsextremer Gewalt und rechtsextremen Bedrohungen und Einschüchterungen betroffen sind, weil das Akteure sind, die für ein demokratisches Miteinander stehen. Wir müssen uns aber auch klarmachen, dass Rechtsterrorismus eine Aufgabe der Ermittlungsbehörden ist und nicht der Jugendhilfe; umgekehrt haben die Ermittlungsbehörde wiederum keine Aufgaben der Jugendhilfe in der politischen Bildung zu leisten. Darauf möchte ich ganz besonders hinweisen. Es kann nicht sein, dass der Verfassungsschutz politische Bildungsarbeit macht und somit auch versucht, in die Jugendarbeit hineinzugehen. Das ist nicht produktiv und das ist auch nicht genuin seine Aufgabe. Wie gesagt, in der Jugendhilfe braucht man Fachwissen über Rechtspopulismus, eine politische Haltung, eine politische Urteilsfähigkeit – Sie können auch politisch beeinflussen, inwiefern eine Haltung von Trägern oder eine Neutralität gewünscht ist, indem sie vorgegeben wird – und letztendlich eine politische Handlungsfähigkeit. Beispielsweise ist es total normal, und wir fördern das auch, dass in „Offenen Türen“, in Jugendclubs keine Thor-Steinar-Klamotten getragen werden. Es gibt dort die Regel, dass keine Nazi-Kleidung getragen und keine Nazi-Musik gehört wird. Das heißt nicht, dass wenn jemand rechte Musik in den Jugendclub mitbringt, dass wir dann sagen, „eigentlich bist du ein Nazi und du wirst ausgeschlossen.“ Das kann man von der Jugendhilfe nicht verlangen, das wäre strategisch unklug. Aber es muss möglich sein, darüber zu reden, und das geht nur, wenn vorher auch allen die Regel klar ist und sich der Jugendhilfeträger dann darauf berufen kann. Wie ich schon sagte, sind die Pluralität der Träger und die Pluralität der Konzepte wichtig, weil diese den Zugang zu ver-



schiedenen Zielgruppen sichert. Jugendverbände an sich sichern, auch Offene Türen und andere Akteure der Jugendhilfe sichern die Selbstwirksamkeitserfahrung, und dadurch sinkt die Anfälligkeit für Rechtspopulismus.

Am Ende möchte ich noch etwas zu den Rahmenbedingungen sagen. Ich wünsche mir, dass in der Jugendhilfe weiterhin mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammengearbeitet wird, dass die Programme aus Bund und Ländern weiterhin Träger der Jugendhilfe einbeziehen und dass eine kontinuierliche Förderung stärker gesichert wird. Obligatorisch ist an dieser Stelle klarzustellen, dass die 2 Millionen Euro aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes nicht gekürzt werden dürfen. Darüber hinaus ist es nach unseren Erfahrungen sehr wichtig, dass es auch für Grundschülerinnen und Grundschüler möglich sein muss, an Programmen der politischen Bildung teilzuhaben. Wenn die Jugendhilfe politische Bildungsprogramme durchführen will, dann ist es häufig so, dass diese für Kinder unter 14 oder unter 12 Jahren nicht möglich und nicht förderfähig sind. Wir werben stark dafür, dass „Demokratie leben!“ auch für Jugendverbände noch weiter geöffnet wird. Schlussendlich wünsche ich mir von der Politik, dass die Jugendverbände und die Träger der Jugendhilfe, die von rechtsextremem Gewalt betroffen sind, mehr Unterstützung erfahren und eine bessere Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden stattfindet. Denn das ist ein ganz wichtiger Beitrag, wenn man merkt, dass man unsicher wird, weil man bedroht wird, wenn man sich demokratisch engagiert – und das ist garantiert nicht förderlich für den Umgang mit Rechtspopulismus in diesen Tagen. Dankeschön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir kommen jetzt in die Fragerunde. Frau Rührich bitte.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank für Ihre Vorträge und die Einführung. Ich glaube, das ist ein weites Feld – da kann man gerade schlaglichtartig hinein schauen. Ein paar Punkte wären mir wichtig und vielleicht können Sie diese ein bisschen vertiefen. Es ist auch für mich wieder deutlich geworden, dass man schauen muss, von wem wir eigentlich gerade reden und wo welche

Konzepte greifen. Bereits auffällig gewordene rechtsextreme Straftäter, Gewalttäter, jemand, der bereits zu solchen Handlungen schreitet, ist für mich kein Fall – wie Sie es eben auch gesagt haben – für die Jugendhilfe, sondern ein Fall für Polizei und Justiz. Wenn er dann einer gewissen Sanktion unterworfen ist, gibt es Programme, die rechte Straftäter durch eine Resozialisierung wieder zurückholen sollen. Das sollte aber nicht den Jugendverbänden oder der Jugendhilfe im Allgemeinen überlassen sein, sondern Menschen, die das tun. Wir haben in „Demokratie leben!“ und in anderen Bereichen – auch auf Länderebene – genau die Menschen, die diejenigen, die verurteilt sind, davor bewahren möchten, wieder Menschen zu Opfern zu machen. Es geht darum, eine andere Perspektive aufzuzeigen als die der wiederholten Gewalt. Allerdings wissen wir auch, dass niemand als Gewalttäter oder als rechtsaffiner Jugendlicher auf die Welt gekommen ist, sondern dass man normalerweise durch bestimmte Erfahrungen, durch sein Umfeld dazu wird, in dem man sich wegen Alternativlosigkeit sozusagen dafür „entscheidet“. Deshalb würde ich von Ihnen gerne Ihre Gedanken und Forderungen erfahren, um die Menschen davor zu bewahren, überhaupt zu rechten Straftätern oder Gewalttätern zu werden. Das fängt sicherlich nicht erst bei den Jugendlichen an, sondern es fängt aus meiner Sicht bei rechten Elternhäusern, in der Kita und in der Grundschule an. Dazu würde ich gerne eine Vertiefung von Ihnen hören. Das zweite – das hatte Frau Tischner angesprochen – ist die Frage, welche Alternativen sich eigentlich stellen. Ich komme auch aus Ostdeutschland, Hoyerswerda ist nicht weit von mir weg. Ich bin jetzt im NSU-Untersuchungsausschuss, und alleine daran, wie in den neunziger Jahren Radikalisierung vonstattengegangen ist, kann man wie unter einem Brennglas sehr genau sehen, was heute auch noch passiert, nur dass es heute unglaublich viel schneller geht. Das Stoppsignal „bis hier hin und nicht weiter“ ist das, was wir in der Gesellschaft aushandeln müssen und was auch die Jugendhilfe austragen muss. Ich würde gerne eine Klarstellung oder eine Einschätzung dazu hören, bis wohin denn Parteilichkeit und Wohlfehlen reicht, Herr Schlenker und Herr Prof. Kunstreich. Wenn wir nicht ein Wohlverhalten der Jugendlichen erreichen wollen, sondern ein Wohlfehlen, dann sind wir ganz schnell in genau der „akzeptierenden“



Jugendarbeit, die wir in den neunziger Jahren hatten. Dort haben wir im Zweifel durch das Fehlen von Stoppsignalen eigentlich eher einen Raum geschaffen, in dem sich Strukturen überhaupt erst bilden konnten – und das kann nicht Sinn und Zweck der Jugendhilfe sein. Gleichzeitig brauchen wir natürlich eine Instanz, die danach fragt, wie man die Menschen, die auf der Kippe stehen, Menschen, die schon gewalttätig geworden sind, aber vielleicht noch nicht verurteilt, davon abhalten kann, weitere Opfer zu produzieren, denn darum muss es ja gehen, die Gewalttätigkeit zu unterbinden. Hierzu würde ich gerne eine Klarstellung von Ihnen hören.

Prof. Dr. Timm Kunstreich: Sie haben den Begriff „akzeptierend“ genutzt. Um diesen Begriff gibt es seit den Programmen Anfang der neunziger Jahre Streit. Wenn „akzeptierend“ so verstanden wird, dass sich rechte Strukturen in der Jugendhilfe breitmachen, wie es zeitweise sowohl im Osten als auch im Westen der Fall war – dass es also rechte Sozialarbeiter gegeben hat, die sozusagen eine Vorfeldarbeit für neofaschistische Organisationen geleistet haben –, dann ist das keine akzeptierende Arbeit, sondern – wenn man so will – „rassistische“ Jugendarbeit. „Akzeptierend“ – und dafür steht auch der Name Franz Josef Grafeld – bedeutet im Kontext von Jugendarbeit, zu akzeptieren, dass Jugendliche in schwierigen Situationen eben auch Gewalt sinnvoll finden. Zu Beginn ist nicht die Gewaltfreiheit des Jugendlichen das Ziel, sondern zunächst gilt es herauszufinden, welche Perspektiven gemeinsam entwickelt werden können. Jegliche Jugendarbeit – egal ob Jugendhilfe, Offene Jugendarbeit oder Hilfen zur Erziehung – funktioniert nur mit den Jugendlichen und ggf. mit den Familien. Das ist manchmal schwer herzustellen, aber jede als von außen erlebte Indoktrination bricht die Beziehung ab. Insofern gibt es in der Tat Grenzen der Parteilichkeit, aber diese liegen dann eher in den Institutionen, also was sich diese sozusagen noch zumuten können. Deshalb habe ich für jeden Sozialarbeiter Verständnis, der sagt, „hier geht das nicht mehr weiter, hier müssen wir andere Regularien finden.“ Aber das – also z.B. jemanden auszugrenzen – darf nur die letzte Linie sein. Schließlich muss es dann auch wieder Leute geben – auch das ist denkbar –, die mit diesen Ausgegrenzten arbeiten. Wir dürfen nämlich keinesfalls Jugendlichen ihre Rechte verweigern. Es

besteht manchmal die Tendenz zu sagen, „die Jugendlichen sind so böse, die müssen wir außen vor lassen.“ Die bestehenden Rechte gelten aber für alle Jugendlichen, egal ob sie rechts oder sonst wie sind – ob das dann realisiert werden kann, ist eine andere Sache. Aber wenn man von vornherein Gruppen ausgrenzt, lässt sich nie die Grenze ziehen, wer nun dazu gehört und wer nicht. Ich erinnere mich an zahlreiche schwierige Situationen in Rostock, wo z. B. junge Sozialarbeiterinnen mit Skins – „mit solchen Schränken“ – gearbeitet haben und ihnen sehr deutlich die Grenzen aufgezeigt haben. In ihren von Rechten dominierten Jugendzentren hatten sie ganz klare Regeln, und sie haben z. B. die Kader, die sich aus den neofaschistischen Gruppen gebildet hatten, herausgeschmissen. Es ist klar, dass das geht; dazu muss man sich aber zunächst auf diese Auseinandersetzung einlassen. Solche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter brauchen ungeheure Rückenstärkung insbesondere aus dem kommunalpolitischen Raum.

Stephan Schlenker (FHS St. Gallen, Vorstand Internationale Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit – Fachbereich Soziale Arbeit): Ich will mich kurz anschließen und versuchen, ein Stück weit in die Praxis zu verlängern. Ich möchte gerne auf das von Frau Rührich eingangs Gesagte antworten. In unserem Professionsverständnis als Sozialarbeiter ist es sehr wichtig, immer in zwei Kategorien zu denken: der Jugendliche ist jugendlich und er ist ggf. jugendlicher Straftäter. Derjenige, der eine Straftat begeht, ist ein Fall für die Institution, die für die Strafverfolgung zuständig ist. Es gibt eine ganz klare Regel, was geht und was nicht geht, was erlaubt ist und was nicht erlaubt ist. Es ist auch wirklich wichtig und dem jungen Menschen ohne Zeitverzögerung klarzumachen, dass er einen Schritt zu weit gegangen ist und dass es so nicht geht. Auf der anderen Seite ist es ein Jugendlicher, der einen Rechtsanspruch auf Unterstützung, ggf. auch im Rahmen der Jugendhilfe, hat und der in so großen Nöten ist, dass biografische Hintergründe, familiäre Hintergründe und andere Hintergründe Gewalt für ihn so attraktiv machen. Ich denke, es darf nicht das Entweder-Oder sein, sondern man muss diesen Jugendlichen immer als beides sehen. Die Frage ist dann – und ich finde, Sie haben das sehr richtig gesagt –, wie schaffen wir es, dass dieser junge Mensch keine Opfer mehr „produ-



ziert“ und dieses teilweise unendliche Leid nicht mehr geschieht? Es geht also darum, den Fuß in die Drehtür zu bekommen. Genau dort sehe ich die Aufgabe einer Mobilen Jugendarbeit, mit der Methode des Streetworks den Fuß in diese Drehtür zu bekommen, eine Beziehung aufzubauen, auch wenn Strafverfolgungsbehörden ermitteln, auch wenn der Jugendliche vielleicht im Knast war, auch wenn vielleicht nur noch wenige mit ihm etwas zu tun haben wollen. Es geht darum, wieder an ihn heranzukommen und ihm dann Alternativen zu bieten, mit ihm gemeinsam Alternativen zu entwickeln. Es muss also immer beides heißen. Zum „Akzeptieren“ kann ich aus einer über 20-jährigen Praxis mit teilweise hochgewaltbereiten Jugendlichen sprechen, in der für uns immer gegolten hat: „Ich toleriere dein Verhalten überhaupt nicht, aber ich kann dich auch erstmal als Mensch sehen.“ Ich denke, das ist sehr schwierig und es ist auch sehr unterschiedlich, was Sozialarbeitskollegen leisten können und was nicht. Aber ich denke, wir müssen immer wirklich beides sehen. „Akzeptieren“ heißt nicht, das Verhalten zu akzeptieren, schon gar nicht ungesetzliches Verhalten oder extreme Einstellungen und Verhaltensformen, sondern zu sehen, dass dahinter auch ein fühlender Mensch steckt und so weiter. Das haben die Kolleginnen, die mit solchen „Brechern“ arbeiten, auch auf der Beziehungsebene hinbekommen. Aber es ist ein schwieriges Metier, für das wir auch die politischen und finanziellen Bedingungen brauchen sowie das Wollen, dass es stattfindet.

Josephin Tischner (Bundesvorsitzende der SJD – Die Falken): Nach meiner Erfahrung arbeiten wir immer mehr mit Leuten, die auf der Kippe stehen oder sich im Umfeld von ausgewiesenen rechtsextremen Jugendlichen bewegen. Es gibt z. B. gerade ein Modellprojekt, in dem wir an den Orten, wo Unterkünfte für Geflüchtete gebaut werden sollen, ein Peer-Projekt durchführen, in dem Jugendliche geschult werden, gegen rechtspopulistische Hetze offline und online, also auch in den sozialen Netzwerken vorzugehen. Es ist hilfreich, wenn man auch versucht, das Klima drumherum etwas zu ändern, wenn man schon absieht, dass es massive Proteste gegen die Flüchtlingsunterkunft gibt. Ich denke auch – das ist in beiden Vorträgen auch angeklungen –, dass die Menschen Möglichkeiten und Gelegenheiten und ein gut abgesi-

chertes Leben brauchen. Wenn es überhaupt keine Perspektive mehr gibt, dann fällt es natürlich leichter, gewalttätig zu werden oder auf ganz anderen Wegen für seine vermeintlichen Rechte einzutreten. Aus meiner Erfahrung will ich außerdem sagen, dass Jugendhilfe und Bildungsarbeit für alle zugänglich sein müssen. Deswegen ist die Diversität der Träger zu fördern. Ich kenne das aus Lichtenberg und Marzahn, wo noch vor ein paar Jahren sämtliche Jugendclubs und Offene Türen von rechten Jugendlichen besetzt waren. Für die stillen Jugendlichen, die sich gar nicht dieser Ideologie anschließen wollten, gab es keine Orte, wo sie hätten hingehen können. Darüber hinaus haben sie sich dann regelmäßig nachts noch irgendwelchen Schlägereien ausgesetzt gesehen. Man muss ganz drastisch darauf schauen, dass das nicht passiert. Abschließend möchte ich sagen, dass ich es sehr sinnvoll finde, dass die Rechtsextremismusprogramme, die Präventionsprogramme auch für Erwachsene geöffnet werden und Erwachsene als Zielgruppe ebenfalls förderfähig sind, denn es ist nicht nur ein Jugendproblem.

Vorsitzender: Das ist wohl so. Ich bin draußen schon gefragt worden, ob rechtsextreme Familien ihre Gesinnung quasi weitervererben. Dagegen ist natürlich schwer etwas zu sagen, denn wenn man ein bisschen rechnet, dann haben die 16-Jährigen der „Generation Hoyerswerda“ – dieses im Frühsommer erschienene Buch habe ich auch gelesen – von 1990 heute in etwa 16-jährige Kinder. Das ist natürlich auffällig. Darüber hinaus haben wir dieselben Hochburgen wie 1990. Das kann man schlecht einfach wegdiskutieren. Vielleicht könnten Sie das aufgreifen, inwiefern die Kinder- und Jugendhilfe versagt hat, wenn sich Rechtsextremismus in Familien vererbt und man ihn heute nicht aufgebrochen kriegt, denn die Kinder werden nicht rechtsextrem geboren, aber sie werden es möglicherweise in Familien. Die Kinder- und Jugendhilfe versagt möglicherweise ein zweites Mal, wenn sie es nicht schafft, durch aktive Arbeit rechtsextreme Einstellungen bei den Kindern zu vermeiden, nur weil die Eltern diese rechtsextreme Einstellung haben. Wir reden viel über die Kinder- und Jugendhilfe, aber es gibt ja real im Leben von jungen Menschen zumindest innerhalb der zehnjährigen Schulpflicht flächendeckend die Ganztagschule, und dort, wo es die Ganztagschule



nicht gibt, gibt es de facto einen Ganztagsbetrieb, weil sie den Rest des Tages in Bussen sitzen, um zur Schule und nach Hause zu kommen. Das heißt, junge Leute sind heute viel mehr an Schule gebunden, als das vor 20 oder 30 Jahren z. B. der Fall war. Gibt es nicht auch eine größere Verantwortung der Schule, Aufklärung und Demokratie außerhalb von politischer Bildung auch zu „leben“? Ich habe immer den Eindruck, dass Schulen sich da so ein bisschen herausnehmen und glauben, wenn sie über das politische System aufklären, dann ist es gut, dann haben sie ihren Beitrag geleistet. Aber eigentlich ist die Schule nach Kita und nach Familie der Ort, an dem junge Menschen zuerst Demokratie erleben können – außerhalb der nichtvorhandenen Jugendclubs. Muss man nicht möglicherweise Jugendhilfe und Schule enger verzahnen und das auch aufbrechen, nämlich dass die Schulen nicht nur eine Bildungsaufgabe wahrnehmen, sondern für die Überlebensfähigkeit von Demokratie in Räumen arbeiten, wo sich Staat und Demokratie möglicherweise schon zurückgezogen haben? Das sind häufig die letzten großen Ankerpunkte der öffentlichen Daseinsvorsorge, wenn man sich mal in Flächenregionen umschaut. Diese Frage geht an alle, Sie haben da ja unterschiedliche Erfahrungen.

Josephin Tischner (Bundesvorsitzende der SJD – Die Falken): Die Schule als demokratischen Ort zu begreifen, halte ich schon für ein sehr abenteuerliches Projekt, weil sie einfach kein demokratischer Ort ist. Ich würde auch bezweifeln, dass in der Schule Demokratie erfahrbar ist. Man braucht schon sehr ausgesuchtes Personal, damit das für Kinder und Jugendliche tatsächlich möglich ist. Deshalb sind Jugendverbände und die Offene Jugendarbeit so wichtig. Wenn man allerdings den Anspruch hat – und den hätte ich eigentlich auch –, dass Rechtspopulismus in Schulen keinen Platz hat und dass Schulen dagegen vorgehen, dann braucht es die drei Sachen, die es auch in der Jugendhilfe braucht: Wissen – die Lehrerinnen und Lehrer müssen Dinge wissen. Sie müssen wissen, was ein T-Shirt einer rechten Band ist, was rechte Codes usw. sind. Sie brauchen dazu eine Haltung und dürfen sich nicht hinter einer vermeidlichen Neutralität verstecken. Sie müssen außerdem handlungsfähig sein und sagen, dass diese Sachen hier keinen Platz haben, dass diese Aussagen hier aus den und den Gründen nicht erwünscht sind

usw. Ich denke, es ist noch sehr weit, bis sich die Schulen als einen Austragungsort für einen politischen Diskurs verstehen.

Stephan Schlenker (FHS St. Gallen, Vorstand Internationale Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit – Fachbereich Soziale Arbeit): Ich würde gern auf Frau Tischner antworten und bringe ein kleines Praxisbeispiel mit. Als Fachhochschule beraten wir auch Einrichtungen, u. a. im grenznahen Bereich. Wir hatten einen Fall im Kindergarten, wo ein dreijähriges Kind im Freispiel begonnen hat, Hakenkreuze zu malen. Die Erzieherinnen haben dann überlegt, wie sie damit umgehen sollen: In welcher Schärfe konfrontiert man die Eltern beim nächsten Elterngespräch? Wie bindet man die Eltern weiter mit ein? Was passiert, wenn man eine konfrontative Herangehensweise wählt – verliert man gar die Eltern? An diesem Punkt kompetent zu handeln, bedarf genau dieser Fortbildungen und Schulungen. Diese Themen müssen auf die Tagesordnung gesetzt und „angeschult“ und nicht tabuisiert werden. Das muss wirklich auf die Agenda gebracht werden, um dann Kolleginnen und Kollegen in der Fachpraxis Antworten geben zu können. Zu Ihrer Frage, wer versagt hat und ob sich Rechtsradikalismus in der Familie vererbt: Ich glaube, es ist eine ganz dringliche Aufgabe, in diese Lebensbedingungen, in das, was sich dort auch an Kultur abbildet, einen Fuß hineinzubekommen, und zwar in dieser Partnerschaft und in diesem Schulterchluss, in dem wir hier sitzen.

Prof. Dr. Timm Kunstreich: Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt aufmerksam machen. Wir wissen aus den Untersuchungen, dass rechtsextreme oder rassistische Einstellung weniger eine Jugendproblematik ist, sondern dass diese durchgehend vorhanden ist. Die Frage, wie sich diese in Familien weiterträgt, ist hoch strittig. Ich würde stärker dafür plädieren, nicht nach der einzelnen Familie zu schauen, sondern z. B. nach den Bedingungen der autoritären Persönlichkeit. Die Bedingungen dafür, dass Menschen nicht in ihren Vielfältigkeiten – so wie Herr Schlenker das gefordert hat – gefördert werden, sondern auf eine bestimmte Form von Verhalten und Handlung zugeschnitten werden und es als positiv bewertet wird, wenn ein bestimmtes Männerbild gegenüber Frauen in Familien gelebt wird, sind weiter ver-



breitet als nur in den Unterschichten. Ich möchte davor warnen, die Frage von Neofaschismus als Unterschichtensproblem zu sehen, denn es ist ein Mittelschichtensproblem. Die Frage der Ausgrenzung und Ausgrenzungserfahrung in der Schule als eine Bedingung für Gewalttätigkeit ist natürlich ganz zentral. Wir wissen von jugendlichen Gewalttätern, dass über die Hälfte schulisch negative Erfahrungen gemacht haben, d. h., dass sie in der Schule ausgegrenzt worden sind. Insofern liegt im schulischen Bereich eine große Verantwortung, und ich sehe da in der Ganztagschule eher ein Problem. Denn für diese Jugendlichen ist es nicht einfach, dieses Milieu der Ausgrenzung den ganzen Tag zu ertragen, anstatt nur am Vormittag. Deshalb plädiere ich auch dafür, genau zu schauen und immer die Perspektive derjenigen, die es angeht, zumindest mit einzubeziehen.

Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Die Perspektive des Ausgegrenztseins greife ich direkt auf, denn auf der einen Seite mag es in der Karriere hin zu einem auffälligen Jugendlichen ein Faktor sein, ob er selbst Ausgrenzungs- oder Diskriminierungserfahrungen gemacht hat oder seine Selbstwirksamkeit nicht entfalten konnte. Auf der anderen Seite ist es mit Sicherheit auch ein Teil der Wahrheit, dass sie in einem Umfeld aufwachsen, in dem es durchaus legitim zu sein scheint, Menschen ungleich zu behandeln. Es ist also die Frage, ob man diese frühe Sensibilität nicht bereits entwickelt, bevor das Hakenkreuz gemalt und ein Kind massiv auffällig ist, und aus Prinzip die Selbstwirksamkeit der Kinder bestärkt und sehr frühzeitig auf Ausgrenzungsphänomene achtet. Und das nicht nur, um den rechten Weg zu durchbrechen, sondern auch, um die davon betroffenen Menschen zu stärken und zu vermeiden, dass es für jemanden zu einer legitimen Haltung wird, muslimische Kinder im Kindergarten zu schneiden oder Mädchen anders zu behandeln als die Jungs usw. Das betrifft auch das Umfeld, in dem Jugendliche aufwachsen, in dem sie aus der Wahrnehmung von Medien, Schule und Kita sowie im Zweifel von den Eltern eine Bestätigung ziehen können und dann sagen: „Wenn es überall – im Jugendclub, beim Jugendhilfeträger – legitim ist, andere Menschengruppen auszuschließen oder zumindest für gering zu achten, warum sollte ich mich anders verhalten, auch wenn ich selbst gar keine Minderwertigkeitserfahrung gemacht habe?“

Dieser Ausgrenzungsmechanismus ist ja zumindest wechselseitig zu betrachten. Insofern würde ich diesen Aspekt zumindest erweitern und auch den Gedanken mit hereinnehmen, dass wir uns für diese Selbstwirksamkeitserfahrung und für eine demokratische Kita oder Schule auf Augenhöhe mit Kindern usw. einsetzen müssen. Das hat nicht nur damit zu tun, dass sie nicht rechts werden sollen, sondern es geht auch darum, von Beginn an zu versuchen – egal, welche Diskriminierungserfahrungen sie erleben und welchen Weg sie gehen –, jede Art von Menschenverachtung im Keim zu delegitimieren. Hierzu könnten Sie ausführen, wie wir das befördern können. Ich weiß von unserem Jugendverband Falken, dass wir sehr früh geschlechtersensible Angebote, geschlechtersensible Pädagogik oder interkulturelle Angebote, die nicht auf eine Diversität setzen, anbieten. Es wird manchmal für interkulturelle Bildung gehalten, zu schauen, was die anderen anders machen; aus meiner Sicht bedeutet interkulturelle Bildung jedoch, zu schauen, was uns verbindet und wo wir uns mit den Bedürfnissen ähnlich sind und erst danach nach den Unterschieden zu schauen. Aber häufig erlebe ich es genau andersherum, dass also die Sensibilisierung auf die Unterschiede eingeht und nicht auf das Verbindende. Diese Punkte würde ich gerne stärker hervorheben, um das Umfeld, in dem jemand rechts wird, in dem jemand sich bestärkt fühlt, diesen Weg einzuschlagen, schon möglichst präventiv zu gestalten.

Prof. Dr. Timm Kunstreich: Ich bringe ein Beispiel aus der Arbeit Anfang der neunziger Jahre, in denen es bekanntermaßen eine stärkere Zuspitzung gab als heute und die Selektionsfunktion, die Ausgrenzungsfunktion von Schule gerade in den neuen Bundesländern sehr stark bemerkbar wurde, weil es das vorher nicht gab. Insofern war die Differenz zu dem vorherigen Schulsystem besonders spürbar und hat entsprechende Ausgrenzungs- oder Widerstandsmuster spüren lassen. In solchen Situationen Selbstwirksamkeit zu erleben, ist ungeheuer schwierig. Das war augenscheinlich nur in solchen subkulturellen Gruppierungen wie Skins oder Autonome oder ähnliches möglich, die sich zusammenschlossen, um das, was sie an Gemeinschaftlichkeit verloren hatten, in einer neuen Weise zu erleben. In Neubrandenburg gab es eine sehr starke Skin-Gruppe, die die Stadt terrorisierte. Es gab eine scharfe Auseinandersetzung, und nicht



umsonst war Neubrandenburg deshalb ein Schwerpunkt in diesem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In der Überlegung, was man dagegen tun kann, hatten wir folgendes Konzept entwickelt und auch umgesetzt: Ein Sozialarbeiter, der als einziger Kontakt zu dieser Skin-Gruppe hatte, hat herausgefunden, was diese Skin-Gruppe eigentlich wollte, außer Linke zu verprügeln oder Autonome zu ärgern. Er ist darauf gekommen, dass sie gern American Football spielen würden. Es war natürlich ein längerer Prozess, mit diesen Jugendlichen einen Verein zu gründen, in dem American Football gespielt wurde. Was bedeutet das in Bezug auf Selbstmächtigkeit? Das bedeutet, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine neue Dimension hatten, in der sie sich in dieser Community in Neubrandenburg erleben und zeigen konnten. Das hatte zur Folge, dass die Auseinandersetzungen stark zurückgegangen sind und die verschiedenen Szenen zwar nicht befreundet wurden und freundschaftlich miteinander umgingen, aber die starken Gewaltauseinandersetzungen doch deutlich zurückgingen, wie uns Polizei und Staatsanwaltschaft zurückmeldeten. Das heißt, sie haben sich keine Vergleichsdimension in Bezug auf die Autonomen oder auf andere Gruppen in Neubrandenburg gesucht, in der sie selbstmächtig sein konnten, sondern eine, in der sie keine Konkurrenten hatten. Das war eine sehr erfolgreiche Arbeit, in der die Selbstmächtigkeit der Jugendlichen unterstützt wurde, ohne sie auszugrenzen. Dass dennoch einige von ihnen wegen Straftaten verurteilt wurden, spielt in dem Zusammenhang keine zentrale Rolle, weil sie ein Erleben von Anerkennung und Gleichwertigkeit hatten, das sie bislang nicht hatten, und das eine andere Atmosphäre ergeben hat. Ich weiß, dass das damals sehr stark als „Glatzenpflege auf Staatskosten“ kritisiert wurde. Darüber müsste auch eine Auseinandersetzung geführt werden, denn es ist natürlich umstritten.

Stephan Schlenker (FHS St. Gallen, Vorstand Internationale Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit – Fachbereich Soziale Arbeit): Ich möchte ergänzend noch einen zweiten Fachbegriff zur Selbstwirksamkeit einbringen. Wir wissen, dass soziale Unterstützung für das Aufwachsen unglaublich wichtig ist. Resilienzstudien – Resilienz als die innere Widerstandsfähigkeit – zeigen, dass neben Selbstwirksamkeit, die ein „hochladender“ Faktor

ist, soziale Unterstützung der eigentlich „höchstladende“ Faktor ist: Inwieweit gelingt es, auch in Situationen von Ausgrenzungserfahrungen, in Situationen kritischer Lebensereignisse tatsächlich noch Unterstützung zu bekommen? An dieser Stelle schließt sich für mich ein wichtiger Kreis zu diesen Kollektiverfahrungen, zu diesen Peer-Erfahrungen, wo scheinbar produktive soziale Unterstützung versprochen wird. Inwieweit dieses Versprechen aber eingehalten werden kann, ist fragwürdig. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Um an Frau Rührichs Frage, was präventiv wirken könnte, anzusetzen: Hinsichtlich der Ausgrenzungserfahrungen möchte ich an das anknüpfen, was Herr Kunstreich zum Thema Erziehungsstil gesagt hat. In welchen Elternhäusern haben wir denn punitive Erziehungsstile, in denen es ganz schwierig ist, Demokratieerfahrungen zu machen? Dies sind in der Regel Familien, die massiv überfordert sind, die aufgrund von Desintegration, kultureller Diversität, die man nicht in Griff bekommt, einfach nicht mehr klarkommen. In diese Familie müsste man bereits in der pränatalen Phase gehen, hier streifen wir auch den Bereich der Frühen Hilfen, das weiß man aus der Forschung. Ich komme noch einmal zu der Frage zurück, inwieweit sich das auch generativ vererbt. In diese Familien müssen wir rein und in soziale Arbeit, Familienhilfe oder z. B. auch Schulsozialarbeit investieren. Auch hierzu haben wir als Hochschule für angewandte Wissenschaften vielfältige Erfahrungen. Wir wissen, dass in Ganztageschulen z. B. Schulsozialarbeit unerlässlich ist. Sie müssen sich eine Ganztageschule wie ein Boot vorstellen, auf dem die Jugendlichen einfach zusammen sind. Und wie Herr Kunstreich gesagt hat, da können sie nicht einfach nachmittags nach Hause gehen oder einen anderen Schulweg nehmen, wenn Gefahr droht, sondern da sitzen sie in einem Boot. Ich denke, das muss man in den Blick nehmen und die soziale Unterstützung hin zur Selbstwirksamkeit ausbauen und sich auf diesen unterschiedlichen Ebenen massiv engagieren.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Nun ist es ja so, dass wir in der Vergangenheit Programme aufgelegt haben, Frau Rührich hat es schon erwähnt – „Demokratie leben, aktiv gegen Rechtsextremismus“ und relativ viel Geld dafür ausgegeben. Wenn man sieht, dass 2017 104 Millionen Euro gegenüber 25 Millionen Euro im Jahr 2013 für diese



Präventivprogramme ausgegeben werden sollen, ist ja erkennbar, dass man das Problem allein mit Geld nicht lösen kann und auch andere Ansätze erwogen werden müssen. Nun haben Sie eben schon gesagt, die Schulsozialarbeit müsse mehr gefördert werden. Das ist völlig richtig. Darüber hinaus sagten Sie, man müsse vor allem zu einem positiven Erziehungsstil kommen. Auch das ist richtig. Aber man müsste sicherlich auch die Polizei in irgendeiner Weise wieder stärken. Wir haben ja erlebt, dass gerade unter linken Regierungen die Polizeipräsenz gesenkt wurde, was nicht gerade förderlich ist, um gegen Rechtsextremismus zu arbeiten. Das ist der eine Punkt, den ich sagen wollte.

Der andere Punkt ist, dass man alles, was Sie gesagt haben, natürlich auch gegen den Linksextremismus anführen kann. Auch da haben wir ja Nachholbedarf. Insbesondere wenn man sieht, wie gerade auch der Linksextremismus in Deutschland zugenommen hat. Für 2012 geht man von ungefähr 3.000 Fällen aus und im Jahr 2015 sind es 6.000 Fälle gewesen. Insofern kann man alles, was Sie angeführt haben, sicherlich auch auf den Linksextremismus anwenden, in Deutschland haben wir auch eine Gefahr aus dieser Richtung. Das darf nicht ausgeblendet werden – schon gar nicht Rechtsextremismus –, aber auch Linksextremismus nicht. 2015 wurden alleine 186 Programme für Rechtsextremismus aufgelegt, aber nur neun für den Linksextremismus. Sie grinsen jetzt, Frau Tischner. Wenn man Programme gegen Linksextremismus auflegt, wird man gleich in die rechte Ecke gedrängt. Es wird gesagt, dass man aus der rechten Ecke kommt und gegen den Linksextremismus – den es ja in Ihren Augen nicht gibt – in irgendeiner Art und Weise antreten will. Hier besteht doch ein großes Ungleichgewicht. Wenn wir mit 104 Millionen in 2017 nicht hinkommen werden und den Rechtsextremismus nicht eindämmen können – denn wenn ich Sie so höre, dann haben wir ja trotz des vielen Geldes, das wir dafür ausgeben, immer noch einen Zuwachs an Rechtsextremismus in Deutschland –, dann wird entweder das Geld falsch ausgegeben oder es versickert irgendwo anders – aber das will ich jetzt gar nicht mal in Rede stellen. Aber irgendetwas läuft da doch verkehrt, denn anscheinend können wir den Rechtsextremismus in Deutschland auch mit immer mehr Geld nicht in dem Maße bekämpfen.

Dazu habe ich von Ihnen noch nichts gehört.

Vorsitzender: Frau Tischner habe ich vorhin das Wort abgeschnitten; ich vermute, Sie wollen gleich direkt antworten.

Josephin Tischner (Bundesvorsitzende der SJD – Die Falken): Ich glaube, wir beide kennen unsere Position zum Thema Linksextremismus. Ich will aber noch auf eine Sache hinweisen, die mir wirklich persönlich Sorgen gemacht hat. Es gab jetzt im Berliner Wahlkampf massiv körperliche Angriffe auf Politiker und Politikerinnen, die dort Wahlkampf gemacht haben. Zu einem übergroßen Prozentteil waren das Angriffe von rechts. Das heißt, wir reden mittlerweile über ein Problem, dass nicht nur die Punker in Marzahn an der Bushaltestelle zusammengeschlagen werden, sondern dass tatsächlich die Ausübung unserer gemeinsamen Demokratie in Gefahr ist. Das finde ich sehr dramatisch, und wir können uns jetzt über Links- und Rechtsextremismus streiten, aber soweit mir bekannt ist, werden Unterkünfte von Geflüchteten von Rechtsextremen angezündet. Und das ist ein ganz großes Problem für die Menschenrechtslage in Deutschland...

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): ... ich will Sie an der Stelle unterbrechen. Ich will gar nicht in Abrede stellen, dass wir einen starken Rechtsextremismus in Deutschland haben, um Gottes willen. Wir dürfen aber auch die Gewalt von links nicht ignorieren. Von der Hamburger Szene weiß ich, was dort in Sachen Linksextremismus gegenüber Politikern passiert. Gerade ist wieder ein Auto eines Hamburger Lokalpolitikern von der linksextremen Szene angezündet worden. In meinen Augen wird das nicht so thematisiert, wie Angriffe auf Punker und Andersdenkende von Rechtsextremen, die ich auch nicht toleriere. Wir dürfen unseren Fokus nicht nur auf den Rechtsextremismus, sondern müssen ihn auch auf den Linksextremismus legen.

Vorsitzender: Und danach lassen wir wieder ausreden.

Josephin Tischner (Bundesvorsitzende der SJD –



Die Falken): Ich würde gerne noch einmal zu der Frage, wo Jugendliche Demokratie erfahren können, zurückkommen. Die Ganztagschule haben wir schon eingeordnet, was die Möglichkeit von Demokratieerfahrung angeht. Wo können Jugendliche und Kinder ein demokratisches und menschenfreundliches Gerechtigkeitsverständnis entwickeln? Ich will nur mal sagen, dass 80 Prozent der 18- bis 22-jährigen männlichen Jugendlichen Dieter Bohlen gerecht finden. Sie finden es gerecht, dass sich Leute in Casting-Shows zwei Minuten hinstellen, um irgendetwas vorzumachen, und dann beurteilt werden, ob sie das gut machen oder nicht, ob sie für einen Aufstieg taugen oder nicht. Solche Formate wie „Germanys next Topmodel“ usw. finden Jugendliche gerecht. In ihrer Wahrnehmung wird dort Gerechtigkeit praktiziert. Das heißt für uns aber auch, dass soziale Durchlässigkeit der Schichten für Jugendliche überhaupt nicht mehr erfahrbar ist, sondern sie den Eindruck haben, dass es im Leben zwei Minuten gibt, in denen man es schaffen kann, wenn man nur gut genug ist. Das macht auch noch einmal sehr deutlich, welches Konkurrenzverständnis dahintersteckt. Welche Möglichkeiten haben Kinder und Jugendliche, ihre eigenen Träume und Ziele zu verwirklichen oder inwieweit ist ihnen schon sehr genau klar, was sie in der Gesellschaft vermeintlich erreichen können und was nicht? Dazu gehört das zwei- oder dreigliedrige Schulsystem usw. Es ist ein sehr großer Kontext, deswegen freue ich mich über jeden Euro, der in die Programme gegen Rechtsextremismus gesteckt wird, und auch diese deutliche Erhöhung ist bitter nötig.

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch einen Satz sagen. Danke für Ihren letzten Einwurf zu den Straftaten. Ich sehe das ganz genauso. Es ist schon alarmierend, dass politisch motivierte Gewalttaten insgesamt so zugenommen haben. Es gibt auch relativ neue Zahlen von de Maizière aus dem Frühjahr dieses Jahres. Es sind 22.960 rechtsmotivierte gegen 9.605 linksmotivierte Taten. Der Anstieg an rechtsmotivierten Taten liegt bei 34,9 Prozent und an linksextremen Taten bei 18 Prozent. Insofern kann man nachvollziehen, warum mehr gegen rechts getan wird. Das wollte ich nur einfach mal sagen.

Vorsitzender: Ich würde jetzt Herrn Kunstreich das Wort erteilen. Sie alle bekommen noch einmal die Gelegenheit, das zu sagen, was noch offen ist.

Prof. Dr. Timm Kunstreich: Ich möchte noch einmal auf den Anfang meiner Ausführung verweisen, nämlich dass die Antwort auf die Frage, ob Gewalt als legitim oder als illegitim erlebt wird, davon abhängig ist, in welcher Szene, in welchem Zusammenhang, in welchem Milieu ich mich bewege. An dieser Stelle gibt es einen ganz zentralen Unterschied zwischen den Rechtsextremen und den sogenannten Linksextremen; ich sage „sogenannt“ deshalb, weil ich diese Gleichsetzung für absolut unsinnig und falsch halte. Mit Blick auf das Milieu sind das nämlich zwei sehr große Gegensätze: Im rechten Milieu gibt es eine patriarchale Gerechtigkeitsvorstellung, in der „jemand“ wie Rasse oder Kultur oder ähnliches von oben bestimmt. Diese ist verbunden mit einem Autoritarismus, einem menschenfeindlichen Frauenbild und entsprechenden machistischen Strukturen. Demgegenüber ist die Gerechtigkeitsvorstellung im linksalternativen Milieu mit Gleichberechtigung der Geschlechter und relativ demokratischen und solidarischen Formen im Milieu selbst verbunden. Ich kann Ihnen entsprechende Untersuchungen zeigen. Das ist also schon ein Unterschied, und wenn da Straftaten entstehen – das hat Herr Schlenker schon gesagt –, dann ist dafür die Polizei zuständig. Aber ich würde sehr drauf achten, hier keine Gleichsetzung von Links und Rechts, die aus ganz anderen politischen Kontexten kommt, vorzunehmen, da sie mit den Jugendlichen und den Milieus nichts zu tun hat.

Stephan Schlenker (FHS St. Gallen, Vorstand Internationale Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit – Fachbereich Soziale Arbeit): Ich würde auch noch einen Satz sagen, Herr Pols. Ganz zu Beginn meiner Präsentation hatte ich folgendes rechts in Klammer gesetzt: Der Ansatz Mobile Jugendarbeit kann auch unter diesem Slogan „reaching the unreachable“ verstanden werden. Insofern sehe ich es durchaus wie Sie, dass sich die Arbeit mit extremen Jugendlichen in dieser Arbeitsform nicht ausschließlich auf rechtsextreme Jugendliche beschränkt, sondern sich letztendlich auch – ohne jetzt ein neues Fass aufzumachen – mit jungen Menschen, die sich entscheiden, dschihadisti-



schen Ideologie zu folgen etc., befasst. Insofern verfolgt gute Sozialarbeit – also im Sinne von Mobiler Jugendarbeit – durchaus das Ziel, diejenigen zu erreichen, die wir sonst nicht erreichen.

Vorsitzender: Ich hatte den Versuch einer Abschlussrunde gemacht. Da würde ich sagen, Frau Tischner und dann noch einmal Herr Pols.

Josephin Tischner (Bundesvorsitzende der SJD – Die Falken): Ich habe eigentlich gar nichts mehr zu sagen.

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): Ich möchte nur Herrn Kunstreich etwas entgegensetzen. Wir hatten erst im Juli 2016 in der Rigaer Straße in Berlin Vorkommnisse. Das muss ich Ihnen ja nicht erzählen, Sie wissen sicherlich, was dort in Sachen Linksextremismus letztendlich gelaufen ist und welchen Duktus sie dort verwenden und z. B. Polizisten als „Schweine“ bezeichnen. Solche Ausdrucksweisen kann ich nicht als demokratisch ansehen. Ich kann Ihnen den Text gerne vorlesen. Ich kann Ihnen auch zumailen, wie dort aus der linken Szene heraus die Polizei bekämpft wurde und es am Ende 123 verletzte Polizisten sowie 86 Festnahmen und über 100 Straftaten gab, die von Linksextremisten begangen wurden. Wenn Sie mit Ihren Ausführungen meinen, dass das legitim und demokratisch ist, also dann tut es mir leid ...

Prof. Dr. Timm Kunstreich: ...aber ich habe genau das Gegenteil gesagt, Sie haben nicht zugehört...

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): ... dann kann ich Ihre Ausführung wirklich nicht verstehen. Denn wir alle wissen, wie gefährlich Rechtsextremismus ist, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten,

wir müssen nur sehen, wie wir ihm vernünftig begegnen, aber wir müssen auch dem Linksextremismus oder der Gefahr von links vernünftig begegnen. Ich wollte darauf hinweisen, dass wir auch hier großen Handlungsbedarf haben.

Vorsitzender: Herr Kunstreich, Sie sind ja direkt angesprochen worden.

Prof. Dr. Timm Kunstreich: Ich habe gesagt, dass ich das anders sehe. Ich glaube, es macht keinen Sinn, dass wir uns da gegenseitig Vorwürfe machen.

Vorsitzender: Ich habe mich hier zurückgehalten. Die persönliche kurze Anmerkung sei noch gestattet, dass der noch amtierende Innensenator in Berlin zumindest auch nicht die glücklichste Rolle in der Rigaer Straße gespielt hat. Es ist auch kein Ausweis eines besonders erfolgreichen Rechtsstaats, wenn der Innensenator regelmäßig beim Verwaltungsgericht unterliegt. Insofern haben wir da ...

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): ...das ist aber noch lange kein Grund, gewalttätig zu werden...

Vorsitzender: ...tiefschichtige Probleme, die aber die Bundeshauptstadt mit der entsprechenden Gewaltenteilung selbst zu klären hat.

Herzlichen Dank für dieses spannende und kontroverse öffentliche Expertengespräch. Wir schließen an dieser Stelle den Tagesordnungspunkt 1 und damit den öffentlichen Teil und kommen nach einer kurzen Pause in den nichtöffentlichen Teil.

Schluss der Sitzung: 17.42 Uhr

Norbert Müller, MdB
Vorsitzender